

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

21.9.1921 (No. 220)



erwächst das Hindernis, das jede Anstrengung der laienlichen Politik bereitet. Deutschland ist dabei, sich selbst den Gnadenstoß zu geben. . . Wir müssen uns mit der Vorfstellung durchdringen, daß die deutschen Konservativen und Nationalliberalen in diesem Augenblick mächtige Verbündete für uns sind in demselben Sinne wie Pest und Cholera im feindlichen Lager zu wertvollen Bundesgenossen werden. Wir können wohl die deutschen Soldaten in den Schützengräben bekämpfen, aber es fänden uns keine Mittel zur Verfügung, um das von Wilhelm dem Großen und Bismarck dem Philosophen aus List und Lüge gesponnene Gewebe zu zerreißen. Gerade diese Waffen liefern uns die deutschen Fronteure. . . Jedenfalls ist das Ansehen der höchsten Gewalt in Deutschland im Schwinden begriffen, und diejenigen, die zuerst die Grundfesten der Regierung unterhöhlen haben, sind die Konservativen und Nationalliberalen, zusammen mit einigen alldeutschen Generälen. . . Um die Entschlossenheit der öffentlichen Meinung unseres Landes zu erhalten, ist es unumgänglich, die Presse planmäßig mit Nachrichten über die Kämpfe der Chauvinisten in Deutschland zu versorgen."

Das „Deutsche Volksblatt“, dem wir diese Dokumente entnehmen, bemerkt dazu: „Tieferschüttelt liegt man diese Berichte nach dem Zusammenbruch unseres Volkes und den Erfolg der Politik unserer Feinde. Jedem, der sein Vaterland liebt und ehrlich für seine Erhaltung und seine Ehre stritt, muß es das Herz zusammenreißen, ob des schauerlichen Anblicks in die Chauvinistischen Höfen von hüben und drüben. Dieser Geheimbericht ist aber eine erschütternde Rechtfertigung der Friedenspolitik des Zentrums und des Mannes, der im Reichstag erschossen wurde, Erzbergers. Dieser Bericht stammt aus dem Februar 1917. Und da wagten die Nationalisten, Erzberger des Verrates deutscher Interessen wegen seiner vertraulichen Aussprache im Mai 1917 im Reichsausschuß der Zentrumsparlei in Frankfurt vorzuwerfen. Da wagten dieselben Kreise, seine Friedensbemühungen als Verrat am Vaterland zu brandmarken, sie, die jeden ehrlichen Verhandlungswilligen und dessen Wirkung, auch den der Friedensresolution, zu sabotieren wußten. Nein, nur zu begreiflich ist seine unermüdet rastlose Tätigkeit für den Frieden. Denn er kannte das Ausland und die Wirkung der alldeutschen Propaganda auf die öffentliche Meinung in der Entente und in der Welt. Und diese Kreise treten als die fetten Körper und Kritiker an den übermenschlichen Anstrengungen verantwortungsbewusster Männer um den Wiederaufbau des Vaterlandes auf. Diese gebärden sich als die alleinigen Richter des Schicksals. Aller Chauvinismus muß sich rächen. Auch der französische wird seinem Volke seinen Segen bringen. Das deutsche Volk aber wird die chauvinistischen Reinfagepolitiker wieder erneut erkennen und abzuschütteln wissen. Denn bereits sucht der französische Chauvinismus aus dem Mord von Griesbach und der Kampfanlage der Chauvinisten in Deutschland erneut Kapital zu schlagen."

## Politische Neuigkeiten.

### Bayern und das Reich.

München, 20. Sept. Die Bayerische Volkspartei hat in ihrer heutigen Sitzung zum Ministerpräsidenten Herrn Spingl nominieren. Spingl ist Staatssekretär im Reichspostministerium, Abteilung Bayern. Er war früher Oberpostdirektor in Landshut, dann im bayerischen Verkehrsministerium Oberregierungsrat und Personalreferent. Also hat die Bayerische Volkspartei wieder auf einen Beamten, der im Verkehrsministerium übrigens sehr beliebt war, sich geeinigt. Morgen nachmittags dürfte er nach Verabredung mit den einzelnen Koalitionsparteien die Minister ernennen, nachdem er selber formal vom Landtag erwählt ist. Mit dem Ausscheiden der Deutschnationalen aus der Koalition dürfte wohl zu rechnen sein. (Neue Bad. Landesztg.)

München, 20. Sept. Bei den gestrigen Beratungen der Landtagsparteien wurde der Konflikt mit der Reichsregierung eingehend erörtert. Dabei kamen vor allem die inoffiziellen Verhandlungen zur Sprache, die in den letzten Tagen zwischen den Vertretern der bayerischen Parteien und der Reichsregierung stattgefunden haben. Es wurde der Wunsch laut, die Verhandlungen nach Bildung der neuen Regierung sofort amtlich wieder aufzunehmen.

Berlin, 20. Sept. Aus parlamentarischen Kreisen erfährt das „Berl. Tageblatt“, daß Mitte voriger Woche mehrere hervorragende Mitglieder des bayerischen Landtages in Berlin eintrafen, um die unterbrochenen Verhandlungen inoffiziell wieder aufzunehmen. In einer Besprechung mit dem Reichskanzler wurde die Verordnung des Reichspräsidenten, sowie die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern erörtert. Vor allem handelt es sich darum, einen Weg zu finden, der zu weiteren offiziellen Verhandlungen führen soll. Bei dieser Besprechung betonte der Reichskanzler nochmals, daß die bayerischen Gegenanträge in ihrer jetzigen Form eine Ausschaltung des Reiches bedeuten und deshalb nicht annehmbar erschienen. Andererseits erklärte der Reichskanzler seine Bereitschaft, um neue Vorschläge Bayerns zu erörtern. Die bayerischen Politiker haben darauf Berlin am Samstag wieder verlassen.

### Aufhebung der Sanktionen.

London, 20. Sept. Wie das Büro Reuters erfährt, wird damit gerechnet, daß die deutsche Regierung die Aufhebung der Sanktionen des Obersten Rates, wonach eine Kommission eingesetzt werden soll, um die Gewährung von Einfuhrerleichterungen durch Deutschland zu bewachen, loyal anzunehmen beabsichtigt. Es ist zu hoffen, daß die ganze Frage binnen kurzem geklärt sein wird, und daß die wirtschaftlichen Sanktionen demzufolge aufgehoben werden. Die einzig noch offenstehende Frage betrifft den Punkt, ob die interalliierte Organisation die Eigenschaft eines Beobachters haben soll, um über die Einfuhrerleichterungen zu wachen und über jede unbillige und unterschiedliche Behandlung an die alliierten Regierungen zum Zweck einer notwendig werdenden Aktion zu berichten, oder ob sie eine Körperschaft sein soll, die bevollmächtigt ist, gegen die Genehmigung von Einfuhrerleichterungen zu erheben. Britische Kreise sind für die erstgenannte Auffassung.

Dazu wird von deutscher Seite gesagt:

Diese Neutermelung bestätigt das, was bisher über den deutschen Standpunkt in dieser Angelegenheit bekannt geworden ist. Die deutsche Regierung ist bereit, eine Kommission mitzubilden und anzuerkennen, der es obliegt, die sogenannten Diskriminationen zu rufen, d. h. darüber zu wachen, daß kein Land gegenüber einem anderen Lande in der Einfuhrregelung benachteiligt wird. Sie wendet sich jedoch — und dieser Standpunkt wird nach dieser Neutermelung von der englischen Regierung geteilt — gegen jede weiteren Befugnisse der Kommission, in der ein Eingriff gegen die deutsche Wirtschaftsfreiheit erldikt werden müßte.

London, 20. Sept. Der Manchester Guardian wendet sich heute scharf gegen die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen

Sanktionen im Rheinlande, wie diese durch eine französische Note vor einigen Tagen bekannt gegeben wurde. Das Blatt meint: Der Termin, bis Deutschland Beweise seines guten Willens gegeben hätte, wäre ein sehr verfehlter, und sagt dann: Dieser Beschluß ist ein sehr unglücklicher, erstens, weil er ein klar gegebenes Versprechen bricht, und zweitens die Sicherheiten, die die Sanktionen darstellen, in seinem Verhältnis zu den Lasten stehen, die sie zurzeit auferlegen.

Der Oberste Rat hat beschlossen, daß die Sanktionen am 15. Sept. aufgehoben werden sollten, wenn die am 31. Aug. fällige Goldmilliarde bezahlt worden wäre. Zu gleicher Zeit sollte eine interalliierte Kommission im Rheinland eingesetzt werden, die mit den deutschen Behörden gemeinsam den Handel von und nach Deutschland kontrollieren sollte. Der deutschen Regierung war dieser Beschluß am 14. August mitgeteilt worden. Aber was ist seitdem geschehen? Die Goldmilliarde wurde hässlich haßlich; gegen die eingehende Kommission machte die deutsche Regierung einige Einwendungen, die kaum getadelt werden können, denn bis jetzt haben die interalliierten Behörden, die den deutschen Handel kontrollieren sollten, meist nur den Export von verschiedenen Luxusartikeln aus ihren eigenen Ländern begünstigt und nur wenig dazu getan, um Deutschland zu seinem wirtschaftlichen Gleichgewicht wieder zu verhelfen, wie es zur Aufrechterhaltung des Vertrages unbedingt erforderlich ist.

Aber immerhin, durch freundschaftliche Diskussion wäre man zu einer Verständigung über die geplante Handelskommission gekommen. Trotzdem hält die französische Regierung, die mit dieser Forderung allein dasteht, an der Weibehaltung der Sanktionen fest. Der belgische Außenminister Jaspars, der gerade von einer Reise nach dem Rheinland zurückgekehrt ist, hat über die durch die Sanktionen angerichteten Schäden berichtet und darüber, wie schwer die Wirtschaft Deutschlands durch das katastrophale Fehlen der Welt sei. Aber noch ein anderer und wichtigerer Grund spricht gegen die Haltung des Obersten Rates, nämlich die neuen Anstrengungen der deutschen Reaktion, um zur Macht zu gelangen. Nach der Ermordung Erzbergers schrieb Gavain im Journal des Debats, wenn seine Landsleute Frieden wünschten, so sollen sie ihre Freunde unter der demokratischen und arbeitenden Bevölkerung suchen. Jedoch schwindet der Oberste Rat die demokratische Regierung in Deutschland, die gegen ihre eigenen und gegen unsere militärischen Gegner einen schweren Stand hat, und damit die friedlichen und aufbauenden Kräfte des Landes.

### Zum Artikel 18 der Reichsverfassung.

Zur Frage der Bestimmungen über Gebietsveränderungen innerhalb des Reiches geht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ von amtlicher Seite folgende Darlegung zu:

Die vom Reichsminister des Innern mit den Reichstagsfraktionen über den Vollzug des Artikels 18 der Reichsverfassung geführten Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Sozialdemokratische Partei, die Demokratische Partei, die Zentrumsparlei, die Deutschnationalen Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei erklärt haben, mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage alle Bestrebungen zur Verbeiführung von Bestimmungen über die Abtretung größerer Gebiete von einzelnen Ländern für mindestens ein Jahr unterlassen zu wollen. Die Bayerische Volkspartei ist der Erklärung nicht beigetreten, da sie ihr zu weit zu gehen scheint. Die Deutsch-Hannoversche Partei hat folgende Erklärung abgegeben: „Die Partei ist nicht in der Lage, eine Erklärung in dieser Fassung abgeben zu können. Sie lehnt eine zeitlich befristete Verschiebung der Abstimmung ab, sie wird aber eine Abstimmung im Lande Hannover so lange nicht herbeiführen, als die Entscheidung des Reiches über das Schicksal Ober-Schlesiens nicht gefallen ist. Getreu ihren Traditionen macht sie die deutschen Interessen zur Richtschnur ihres Handelns. Nach Erledigung der ober-schlesischen Frage verlangt sie die sofortige Veröffentlichung der Ausführungsbestimmungen zu Artikel 18 der Reichsverfassung und die Erklärung der Reichsregierung, daß der verfassungsmäßig gewährleisteten Abstimmung im Lande Hannover Hindernisse nicht mehr im Wege stehen.“

Berlin, 20. Sept. Für den Staatssekretär a. D. Graf Adern, hat den Vorsitz der Zentralstelle für die Gliederung des deutschen Reiches auf Ersuchen des Reichsministers des Innern Reichsminister a. D. Koch übernommen.

### Sozialdemokratischer Parteitag.

Berlin, 20. Sept. In der heutigen Sitzung betonte Hermann Müller nochmals die Notwendigkeit, der Republik gegenüber eine andere Staatsgestaltung an den Tag zu legen, als gegenüber dem alten Dreikönigreich. Gewisse Parteitagstredner sollten endlich ihre Manuskripte aus jener alten Zeit verbrennen. In der Deutschen Volkspartei hätten sich übrigens in der letzten Zeit noch gewisse Besserungen gezeigt; insbesondere soll man sich hüten, Stimmes, der gewiss kein Politiker sei, zum schwarzen Mann zu machen. Wenn man sage, im Falle der Koalition werde die Deutsche Volkspartei ihre Wähler oder die Gunst des Großkapitals verlieren, so brauche die Sozialdemokratie sich doch nicht um das Schicksal der Volkspartei zu kümmern.

Eduard Bernstein warf die Frage auf, was geschehen werde, wenn man der Parteileitung die Freiheit der Entschlebung nehmen werde. Die Folge werde sein, daß man in Preußen nicht in die Regierung hinein und im Reich aus der Regierung herauskäme. Die Wirkungen solcher Entwicklung aber würden katastrophal sein, nicht nur für unsere innere, sondern auch für die ganze äußere Politik.

Reichsminister a. D. Müller wies auf die eminente außenpolitische Bedeutung der Stabilisierung der Republik und auf die Notwendigkeit hin, zwischen dem größeren und kleineren Abel zu wählen, zugleich aber gewisse „negative“ Kräfte in der Deutschen Volkspartei zu binden und festzulegen, auch schon im Hinblick auf die später doch einmal zu erwartenden Kämpfe mit dem Zentrum.

Otto Braun erklärte sich angenehm enttäuscht durch den geringen Widerstand, den die Resolution gefunden. Es handle sich um die Umstellung der Partei von einer rein agitierenden zu einer regierenden. Dabei sind wir nicht in der Lage, uns einen Partner auszusuchen, wir müssen den annehmen, der uns durch das Wahlergebnis aufgegeben wird. Es kommt auch nicht darauf an, wie viele Stimm wir in einem Kabinett haben, sondern welches Ressort wir haben und welchen Mann an dieser Stelle.

Als letzter Redner sprach noch Severing für die Resolution. Es gelte nicht nur, den Kopf klar zu halten, sondern auch Waffen zu bekommen. Die legalen Waffen der Republik sind Reichswehr und Polizei.

Vor der Mittagspause konnte noch Franz Krüger das Schlußwort sprechen. Die Abstimmung, die namentlich sein wird, wurde für nachmittags vertagt.

Zu seinem Referat über die Wirkungen des Versailler Friedens hat Hermann Müller eine Resolution eingebracht, in der es u. a. heißt:

Die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Versailler Vertrages haben die Wiederkehr normaler welt-

wirtschaftlicher Beziehungen verhindert. Die Gesundung der europäischen Wirtschaft hat die Mitarbeit der ausdauernden Preise aller Länder zur Voraussetzung. Die deutsche Sozialdemokratie war zu dieser Mitarbeit stets bereit und hat insbesondere alles getan, um einen schleunigen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens nach besten Kräften zu fördern. Die dem deutschen Volk durch den Versailler Vertrag auferlegte Gesamtlast ist aber auf die Dauer unerträglich, denn die Schäden des Weltkrieges sind so ungeheuerlich, daß sie von einem Volk allein nicht repariert werden können.

Die Lage der Arbeiterklasse in den Siegerstaaten, den neutralen Ländern und den Ländern der Besiegten fordert gleichermaßen gebieterisch die Revision des Versailler Vertrages. Vor allem aber ist eine schleunige, auf das Ergebnis der für Deutschland günstigen Abstimmung gegründete Entscheidung über das für Deutschland lebenswichtige ober-schlesische Industriegebiet erforderlich. Ferner muß die sofortige Aufhebung der völkerrechtswidrigen, überdies auch dem Versailler Vertrag widersprechenden militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen im Westen gefordert werden. Die deutsche Sozialdemokratie ist gewillt, mit allen Mitteln die Reaktion niederzuschlagen und die Republik gegen jeden Ansturm zu sichern. Sie wird dafür sorgen, daß der Reaktion durch eine fortschreitende Demokratisierung des gesamten staatlichen und öffentlichen Lebens das Handwerk gelegt wird, denn das Treiben der deutschen Nationalisten schädigen das Ansehen des neuen Deutschland in der ganzen Welt und lähmt im Ausland die Arbeit der Freunde der Revision des Friedensvertrages.

Die Nachmittagsitzung am Dienstag begann mit der Abstimmung über die Resolution zur Regierungsbildung. Die Entscheidung wurde, wie nicht anders zu erwarten war, mit riesiger Mehrheit — 290 gegen 67 Stimmen — angenommen.

Angenommen wurden weiter Entschlebungungen, die sich gegen die Vergewaltigung Georgiens durch Sowjetrußland und gegen die Reaktion in Ungarn richteten und endlich eine Resolution gegen Arbeitsgemeinschaften und Freikorps. Die Anträge auf die schleunige Einigung mit der U. S. P., über die bei dieser Gelegenheit gleichfalls abgestimmt wurde, fielen unter dem Tisch.

Der Parteitag nahm die wichtigste Entscheidung der Arbeiter Tagung (also die über die Regierungsbildung) wie etwas Erwartetes und Selbstverständliches hin. Die Verbindung des Ergebnisses rief kaum irgendwelche Bewegung hervor. Nachher hatte man sogar den Eindruck, als ob das Interesse an dem Parteitag nun eigentlich überhaupt schon erschöpft sei. Nebenfalls hörte auf den Bericht des Abgeordneten Koch über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion kaum noch jemand hin. Doch ging besonders ausführlich auf die wirtschaftlichen Fragen ein. Er fürchtete einen starken Rückgang unserer Wirtschaft, insbesondere auch unseres Exportes. Die letzte Leipziger Messe habe schon mit einem völligen Mißerfolg geendet. Vielleicht werde bald die Zeit kommen, daß die Koalition, für die man sich eben grundräßig ausgesprochen, gar nicht mehr möglich oder auch gar nicht mehr nötig sei, da doch alles in Grund und Boden gewirtschaftet sein werde.

Vor allen Dingen kritisierte Koch den Vorschlag der Industrie die nötigen Goldmilliarden herbeizuschaffen. Wahrscheinlich werde man dafür Zueckstänbisse, sei es auf dem Gebiet der Besteuerung, sei es auf dem der Sozialisierung, fordern. Dabei habe die Sozialdemokratie gegenüber der Industrie schon bisher nicht das Mindeste erreicht. Möglicherweise laufe der ganze Vorschlag nur auf die Absicht hinaus, die gebämterten Devisen mit Gewinn an die Regierung wieder los zu werden. Dem Anflug an der Börse müsse endlich gesteuert werden.

Auf solche Betrachtungen ließ dann Koch den eigentlichen Praktikensbericht folgen. Über die Leuerung sprach er ebenfalls schon, so daß dem ersten Sonderberichterstatler Georg Schmidt vom Landarbeiterverband nur noch übrig blieb, über landwirtschaftliche und Ernährungsfragen einiges zu sagen.

Die anderen Sonderreferate (Reil über die Steuern, Reichsminister Robert Schmidt über die allgemeine Lage unserer Wirtschaft, Professor Radbruch über Justizfragen) kommen erst Mittwoch an die Reihe.

Die Resolution Reil zur Steuerfrage stellt folgende Forderungen auf:

Dem Finanzelend kann nur erfolgreich gesteuert werden durch Verminderung des Notenumlaufes, Festigung des Marktes und Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt. Die bisherige Steuererhebung konnte diesem Ziel nicht näher kommen, weil sie den Wertverhältnissen, die die Geldentwertung in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen herbeiführte, nicht Rechnung getragen, die Lohn- und Gehaltseinkommen und die Rentenerträge aus den entwerteten festverzinslichen Kapitalien überlastet, die großen Vermögen und Einkommen in Industrie, Handel und Landwirtschaft geschont und damit nicht nur die Kluft zwischen der Lebenshaltung der breiten Massen und der im Überfluß lebenden Oberschicht verbreitert, sondern auch zur Vermehrung der Kosten der öffentlichen Verwaltung, zur Steigerung der Papiergeldflut und zur weiteren Entwertung der Mark beitragen hat. Sie hat die von dem Heer der Spekulant und Wucherer zusammengebrachten Vermögen nur zum kleinen Teil, die ins Ausland verbrachten überhaupt nicht zu erfassen vermocht. Neben der Weiterbildung der Besteuerungserhebung, die den Wertverhältnisse Rechnung tragen und insbesondere auf die Beschäftigung des verschwenderrischen Überverbrauchs gerichtet sein muß und ihrer scharfen Durchsührung müssen die Sachvermögen für die Befreiung der Finanznot in Anspruch genommen werden.

## Badische Uebersicht.

### Badischer Landtag.

Dem Landtag ging eine Reihe Gesuche zu. Zahlreiche Petitionen betreffend die Ortstasseinteilung, das Wohnungsabgabegesetz und das Grundbesitzvergesetz. Weiter liegen Gesuche der Vereinigung der Sekretariatsvorsteher der Grundbuchämter der Städteordnungsstädte Badens, die Vereinfachung des Verfahrens bei den Gemeindegrenzbuchämtern betr.; des Landesverbandes des Bundes deutscher Militäranwälte Karlsruhe mit Entschlebung des Rasteler Bundestages 1921 wegen Gleichstellung der Militäranwälte mit den Beamten aus anderen Herkunftskreisen; des badischen Lehrerbundes, die Neuregelung der Lehrerzulagen für außerplanmäßige Beamte und Beamtinnen (hier Lehrer und Lehrerinnen) betr.; den Übergang der bisher in Baden bestehenden orthopädischen Werkstätten an eine Berliner Gesellschaft m. B. G. betr.; der Handwerkskammer Freiburg i. B. Antrag zum Schutze der badischen Chirurgie-Mechaniker und der badischen Orthopädie-Schulmachereimer betr. Ferner gingen ein Petitionen von Biegenzuchvereinen um Unterstützung zur Beschaffung von Kraftfuttermitteln; der Versorgungstranten des Versorgungstranthenhauses Mühlheim i. B. wegen Regelung des Tafelgeldes der Versorgungstranten; des Gemeinderats und der Vaugenossenschaften Weiskreuz um Gewährung staatlicher Baudarlehen für die Bauperiode 1920.

Von der badischen Zahnärztekammer ging ein Schreiben ein, worin sie ihr Gesuch vom 28. April 1921 betr. Aufhebung der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 29. März 1920 zurückzieht. Der Zentralverband der Gemeindebeamten petitioniert bezüglich dem Vollzug des Gesetzes vom 9. Juni 1920, die Befolgung der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten hier die neue Gemeindeordnung betr.

### Die Wohnabgabe

Während den Hauptberatungsstoff der gestrigen Verhandlungen des Haushaltsausschusses. Über auch der sogenannten Bau- und Wirtschaftskredit in Höhe von 210 Millionen M. gab noch in längerer Aussprache begründete Veranlassung, da ein Mitglied der Kommission mit der Auffassung hervortrat, es gelte für die Zuschüsse an die Bauenden auch etwa 120 Millionen. Es wurde aber auf das fürchterliche Wohnungsproblem in Baden, nicht nur der Großstädte, sondern auch kleinerer Städte und vor allem der Industriegebiete hingewiesen, so daß dieser Redner seine Bedenken zurückstellte und die 210 Millionen einstimmige Bewilligung erfuhr.

Das Ministerium des Innern legte eine ziffernmäßige Nachweisung über die Leistungen der einzelnen Gemeinden für den Wohnungsbau vor. Daraus waren große Unterschiede über die aufgetragenen Summen zu konstatieren. Manche Städte haben recht hohe Aufwendungen für den Neubau von Wohnungen gemacht, verschiedene Gemeinden sind aber in der ministeriellen Nachweisung mit sehr geringen Summen vertreten. Darin sollen die in der Wohnabgabe-Vorlage vorgesehenen Wohnverbände eine Änderung bringen.

Im allgemeinen ist man auch in Baden den Anforderungen des Reichs hinsichtlich der Zahl der zu erstellenden Wohnungen durchaus nachgekommen. Im vorigen Jahre wurden 6886 Wohnungen, bis August d. J. 1919, fertiggestellt, während etwa 5000 neu zu errichtende Wohnungen auf Baden entfallen. An einigen Paragraphen wurden noch Änderungen vorgenommen und hierauf den beiden Gesetzen zugestimmt. Diese Änderungen lauten:

Zusatz zu § 1, Abs. 1: Maßgebend für die Erhebung der Wohnabgabe ist der Steuerwert, mit dem das Grundstück zur staatlichen Vermögenssteuer nach dem Stand vom 1. April 1914 veranlagt war oder veranlagt worden wäre, wenn es damals zu dieser Steuer veranlagt gewesen wäre.

Nach Abs. 2 ist im § 1 einzuschalten: Gebäude des Reiches, der Länder, Gemeinden oder anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften sind nur im Rahmen des § 3 des Reichsgesetzes von der Wohnabgabe befreit. Soweit Gebäude oder Gebäudeteile abgabepflichtig sind, ist der Steuerwert maßgebend, mit dem das Grundstück zur staatlichen Vermögenssteuer nach dem Stand vom 1. April 1914 veranlagt war oder veranlagt worden wäre, wenn es vermögenssteuerpflichtig gewesen wäre.

Dem § 1 Abs. 3 ist beizufügen: Entsteht zwischen dem Erbschaftberechtigten und dem Erbschaftspflichtigen Streit über die Höhe des Erbschaftbetrags, oder verweigert der Erbschaftspflichtige die Zahlung des Erbschaftbetrags, so entscheidet auf Antrag eines der Beteiligten endgültig das Mieteinigungsamt. Verweigert der Erbschaftspflichtige den Erbschaft, so wird auf Antrag des Erbschaftberechtigten der vom Mieteinigungsamt festgestellte Erbschaftsbetrag nach den Vorschriften über die Betreibung von Gemeindeforderungen beizugebracht. Ist der Erbschaftsprüfung nachweisbar ganz oder teilweise nicht beibringlich, so kann der Erbschaftsbetrag insoweit den Minderertrag der von ihm entrichteten Abgabe verlangen. Dieser letztere Absatz soll Streitigkeiten zwischen Gutsbesitzern und Mietern vorbeugen.

Bezüglich des Zeitbeginns der Wohnabgabe wurde bestimmt: Die Wohnabgabe wird vom 1. Oktober 1921 ab erhoben. Sie ist je zur Hälfte am 1. April und 1. Oktober jeden Jahres, erstmals am 1. April 1922, fällig.

Verichtigung. In dem Bericht unseres parlamentarischen Mitarbeiters über die Erörterung der Wohnungsfrage im Haushaltsausschuß des Landtags muß es statt Abg. Cloße (Soz.) Abg. Sahn (Soz.) heißen.

### Zur kommenden Landtagswahl.

Das badische Landtagswahlgesetz teilt bekanntlich das ganze Land in 7 Wahlkreise, wovon der erste Wahlkreis die Kreise Konstanz und Bilingen umfaßt, der zweite die Kreise Waldshut und Lörrach, der dritte den Kreis Freiburg i. U., der vierte die Kreise Offenburg und Baden-Baden oder die Ämter: Rehl, Bahr, Oberkirch, Offenburg, Wolfach, Achern, Baden-Baden, Mühl und Rastatt, der fünfte Wahlkreis umfaßt den Kreis Karlsruhe oder die Ämter: Bretten, Bruchsal, Durlach, Ettlingen, Karlsruhe u. Forstheim, der sechste den Kreis Mannheim und der siebente die Kreise Heidelberg und Mosbach.

Wahlvorschlager der Zentrumspartei des vierten Wahlkreises zur Landtagswahl: 1. Trumf, Rechtsanwalt, derzeit Staatspräsident und Justizminister in Karlsruhe, 2. Seibert, Rudolf, Stationsvorstand, Rippensheim, 3. Baumgartner, Eugen, Dr. jur. et phil., Ministerialrat in Karlsruhe, 4. Müller, Richard, Landgerichtsrat in Offenburg, 5. Engelhard, Josef, Bürgermeister und Landwirt in Ruppach i. U., 6. Biegelmaier, Anton, Kreantassenverwalter in Oberkirch, 7. Rödel, Wilhelm, Stadtpfarrer in Mühl (Stadt), 8. Peter, Karl, Professor in Rastatt, 9. Pfeiffer, Johann, Stadtrat und Druckereibesitzer in Baden-Baden, 10. Graf, Friedrich, Blechschmied und Kreisabgeordneter in Achern, 11. Beißer, Wilhelm, Notar in Lahr, 12. Waltersbacher, Bernhard, Landwirt und Gemeinderat in Offenburg, 13. Schwarz, Karl, Postinspektor in Offenburg, 14. Keller, Fridolin, Gemeinderat und Eisenbahnsekretär in Rehl, 15. Rubin, Johanna, Hauptlehrerin in Rastatt, 16. Held, Georg, Steinarbeiter in Seinaach, 17. Eble, Georg, Lokomotivführer in Offenburg, 18. Wenz, Alois, Bürgermeister und Landwirt in Ruppach, 19. Klumpp, Anton, Bürgermeister und Landwirt in Reichental, 20. Singler, Jakob, Gewerkschaftssekretär in Seelbach bei Lahr.

DZ. Die Deutsche Volkspartei hat im sechsten Landtagswahlkreis folgende Kandidaten aufgestellt: 1. Gemeinderat Rastatt-Redargemünd, 2. Landwirt und Wagnermeister Prigler-Brühl, 3. Handelsstammkassendirektor Dr. Ullm-Mannheim, 4. Dr. Bernabä-Mannheim (Vorsteherin der sog. Frauen-

schule), 5. Hauptlehrer und Stadtverordneter Soas-Mannheim, 6. Architekt Ludwig jun.-Mannheim.

DZ. Zu den Landtagswahlen gibt der Verbandsausschuß des Verbandes badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften bekannt: Unsere Abmachungen mit dem Landbunde, die sich auf das genossenschaftliche Warengeschäft beziehen, hindern den Landbund nicht, die wirtschaftspolitischen Standesinteressen der Bauernschaft auf die von ihm für gut befundene Weise zu vertreten. Andererseits ändert der Beschluß des Landbundes, sich an den kommenden Landtagswahlen zu beteiligen, nichts an der vom Verband festzuhaltenden Richtlinie absoluter und streifester Neutralität.

DZ. Landtagsabgeordneter Bürgermeister Red von Eggenstein ist an Stelle des verstorbenen Oeconomices Saenger-Diersheim, einstimmig zum Präsidenten des Verbandes Bad. Landwirtschaftlicher Genossenschaften, Karlsruhe, gewählt. Erster Stellvertreter Oeconomierat Schillinghelm-Hochburg, zweiter Landwirt Westermann-Waggenfurt.

\* Der erste Landtag der Republik Baden. Unter diesem Titel lieh Redakteur S. Grünbaum-Karlsruhe in einer Reihe sozialdemokratischer Blätter eine Serie von Artikeln erscheinen, die sich mit der Geschichte und der Tätigkeit der am 5. Januar 1919 gewählten ersten Volksvertretung der badischen Republik befassen. Die übersichtlich gegliederte, sorgfältige und fleißige Arbeit ist namentlich auch als Sonderdruck erschienen. Sie ist interessant und lehrreich auch für den, der nicht auf dem sozialdemokratischen Parteistandpunkt des Verfassers steht.

### Schwere Explosionskatastrophe in den Anilinwerken Ludwigsbafen a. Rh.

Eine erschütternde, unser menschliches Mitgefühl bis in seine tiefsten Tiefen aufrührende Nachricht kommt aus Mannheim. Infolge einer furchtbaren Explosion sind mehr als tausend Menschen umgekommen. Die erste Nachricht hat folgenden, niederschmetternden Wortlaut:

Mannheim, 21. Sept. Heute vormittag 1/8 Uhr ist ein Hofstein der Badischen Anilinwerke Ludwigsbafen a. Rh., der sich in Oppau (Reg.-Bez. Frankenthal) befindet, in die Luft geflogen. Die Explosion erfolgte sofort zwei weitere Dafen, die gleichfalls mit fürchterlicher, bis Heidelberg und Frankfurt hörbarer Detonation barsten. In weitem Umkreise sind die Fenstererdboden zertrümmert und am Plage selbst der Materialschaden ungeheuer. Es geht das Gerücht, daß 700 Menschen den Tod gefunden hätten. Die Mannheimer Spitäler sollen mit Verwundeten überfüllt sein. Wie verlautet, sind auch die Hafenanlagen Mannheims in Mitleidenschaft gezogen. Näheres über das Unglück konnte noch nicht in Erfahrung gebracht werden, da das Mannheimer Telegrafennetz und wohl auch andere Ämter der Umgebung wegen Störung den Betrieb eingestellt haben.

Der badische Finanzminister ist in Begleitung des zuständigen Referenten nach Mannheim abgereist. Von pfälzischer Seite wurde Baden um Sanitätspersonal und Verbandsmaterial angegangen. Dem Ersuchen ist selbstverständlich Folge gegeben worden.

Nach den neuesten Meldungen soll die Zahl der Toten über 1200 betragen.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

DZ. Freiburg, 17. Sept. (Knappschäftsberufsgenossenschaft). Die Knappschäftsberufsgenossenschaft für das deutsche Reich hielt heute hier ihre ordentliche Genossenschaftsversammlung ab, die von Generaldirektor Bergart Kleine in Dortmund geleitet wurde und von 120 Vertretern des deutschen Verarbeitenden Berufs war. Der Vorsitzende wies beim Vortrag des Verwaltungsberichts für das Jahr 1920 darauf hin, daß sich im verfloffenen Jahre die entlastungspflichtigen Umsätze erfreulicherweise bedeutend verringert hätten. Auf Antrag des Genossenschaftsvorstandes genehmigte die Versammlung für ein Dienstgebäude und zum Bau von Beamtenwohnungen für die Sektion I Bonn die Vergabe eines Darlehens von 2 100 000 M. aus der Mittel- und zum Bau von Beamtenwohnungen im Bezirk der Sektion II in Potsdam ein solches von 1 200 000 M. Infolge der vom Genossenschaftsvorstand beschlossenen Mitwirkung von Versicherungsvertretern bei der Rentenfeststellung und aus Anlaß der neuen gesetzlichen Vorschriften über die Versicherungspflicht und über die Dreiteilungsgrenze, war eine Änderung der Satzung notwendig geworden. Der vom Genossenschaftsvorstand vorgeschlagene Nachtragsentwurf zur Satzung fand die Zustimmung der Versammlung. Weiter wurde ein Nachtrag zu den Unfallverhütungsvorschriften der Knappschäftsberufsgenossenschaft für ihre der Aufsicht der Bergbehörde nicht unterstehenden Betriebe genehmigt.

DZ. Bilingen, 20. Sept. Gestern wurde die Bilingener Feuerwehr alarmiert, um einem Großfeuer in Hohenmüngen Einhalt zu gebieten. Drei Häuser des Mononen Engesser brannten total nieder. Zwei weitere Häuser hatten schon Feuer gefangen, das jedoch von der Hohenmünger Feuerwehr noch rechtzeitig erlosch werden konnte. Die Bilingener Feuerwehr hatte wegen Wassermangels fast die ganzen Löscharbeiten mit Hande zu leisten. Die Feuerwehren von Bad Dürkheim und Hünningen waren ebenfalls zur Hilfeleistung erschienen. Bei dem Brand wurde ein großer Teil des Inventars ein Raub der Flammen. Der Schaden ist sehr groß. Die Nachbarschaft war, wie schon bemerkt, stark gefährdet. Es war ein Glück, daß es die Nacht zuvor geregnet hatte, und die Schindeldächer noch feucht waren. Die drei Brandgeschädigten sind nur schwach verletzt. Über die Brandursache ist noch nichts bekannt.

DZ. Konstanz, 16. Sept. Der Grund- und Hausbesitzerverein nahm in einer sehr stark besuchten Versammlung im Burghofsaal Stellung gegen den Beschluß der aus Vertretern des Stadtrates, der Hausbesitzer und Mieter gebildeten Kommission, wonach ab 1. Oktober 21 eine Mietpreisberhöhung eintreten soll und zwar um 10 Prozent des Steuerwertes eines Hauses vom Jahre 1914. Mit dieser Erhöhung gibt sich der Grund- und Hausbesitzerverein keineswegs zufrieden. Nach einem heftigen und sehr lebhaften Debatte wurde einstimmig eine Resolution angenommen, worin die 10prozentige Erhöhung zurückgewiesen wird und die Zahlung der Nachtragsumlage so lange verweigert werden soll, bis die Stadtverwaltung einen die Hausbesitzer befriedigenden Weg gefunden habe; schließlich wurde ausdrücklich betont, daß der Verein es ablehnen müsse, mit der gegenwärtigen Mietervertretung zu verhandeln.

### Aus der Landeshauptstadt.

Möbelschau. Unter der Leitung des Architekten Prof. Fritz Spangnagel von der Badischen Landeskunstschule gehen die Vorbereitungen und der Ausbau der Stadt-Ausstellungshalle für die Badische Möbelschau gut voran. Schreiner, Maler, Tapezier und Elektrotechniker arbeiten sich in die Hände. Die meisten Räume sind tapeziert oder mit Leinwandanstrich versehen, die Bilder und Sodelleisten sind angebracht und die Anschriften der einzelnen Firmen aufgemalt, so daß mit der Einrichtung der einzelnen Zimmer begonnen werden kann. Bereits seit Tagen bringen Eisenbahn und Kraftautomobile die Ausstellungsgegenstände nach der Landeshauptstadt. Jeden Tag werden in den vorhandenen Räumen neue Zimmer eingerichtet und mit den Gegenständen des Kunstgewerbes geschmackvoll ausgestattet. Die Möbelschau wird sowohl in künstlerischer als auch in qualitativer Hinsicht ein interessanter Wettbewerb werden, stellt doch eine große Anzahl erster und anerkannter guter Firmen Baden aus, so daß dem Publikum ein farres und übersichtliches Bild über die derzeitige Wohnungskultur Badens gegeben wird. Es dürfte deshalb diese Ausstellung eine der interessantesten der diesjährigen Karlsruher Herbstwoche darstellen.

Deutsche Plastik des Mittelalters. Die badische Kunstschule veranstaltet demnächst eine umfangreiche Ausstellung von mustergetreuen Photographien nach Werken mittelalterlicher Plastik. Zunächst wird eine Auswahl der schönsten Werke des 15. und 16. Jahrhunderts zur Schau gestellt. Besonders berücksichtigt wird dabei die Kunst am Oberrhein, die vor allem auch durch eine Anzahl schöner Originalstücke repräsentiert wird. Eine weitere Abteilung wird die Plastik des Freiburger Künstlers in photographischen Wiederergaben und vorzüglich gelungenen Gipsabgüssen vorführen. Auf diese Weise werden Werke, die infolge der Art ihrer hohen Anordnung sonst nur schwer sichtbar sind, mühelos dem Studium und Genuß des Beschauers zugänglich.

Die Ausstellung wird voraussichtlich am 25. September zu Beginn der Karlsruher Herbstwoche eröffnet werden.

W. Runter Abend von Senff-Georgi. Ein zahlreiches Publikum hatte sich zu dieser heiteren Veranstaltung eingefunden und kam auch auf seine Rechnung. Der Vortragende besitzt ein modulationsfähiges Organ, das in Verbindung mit einem sehr beweglichen Klavierspiel — beides beeinflusst von Geschmeidigkeit — ihn in den Stand setzt, seine Darbietungen recht abwechslungsreich zu gestalten. Der Vortragskünstler hat mit diesem Abend in Karlsruhe einen vollen Erfolg errungen.

Landestheater. Zur Eröffnung der „Karlsruher Musikfestwoche“ veranstaltet das Landestheater Samstag, 21. September im städtischen Konzerthaus einen „Badischen Tonkünstlerabend“. Das Programm dieses Konzerts enthält Instrumental- und Gesangsstücke in gemischter Folge. Zu Beginn wird der rühmlichst bekannte Organist Arno Randmann eine Bassocantata für Orgel von Gustav Geierhaas vortragen. Der Komponist stammt aus Mannheim und wirkt zurzeit als Lehrer an der Münchener Akademie der Tonkunst. Er hat u. a. Kammermusikwerke und Orgelstücke von hohem musikalischem Wert geschrieben. Von Friedrich Klose, unserm bedeutendsten Komponisten, wird das Orchester den II. Satz aus seiner Sinfonie „Das Leben ein Traum“ vortragen, ein Stück, das nach Angabe des Autors sich auch zum Einzelvortrag eignet. August Richard, derzeit Musikdirektor in Heilbronn, ist mit Liedern für Sopran und Klavierbegleitung, die er selbst übernimmt, vertreten. Richard hat u. a. bemerkenswerte Kammermusikwerke geschrieben. — Von dem jungen Karlsruher Komponisten, Arthur Kauterer gelangt sein neuestes Werk „Lodruf“ (nach Geibel) für Orchester zur Uraufführung. Kauterer hat bereits eine sehr fruchtbare Tätigkeit entfaltet, neben Orchesterwerken (Sinfonie), Kammermusikstücken und Liedern, eine Oper, „Casanova“, geschaffen, die in der vorigen Spielzeit in Stuttgart uraufgeführt wurde. — Julius Weismann hat auf allen Gebieten der Komposition Bedeutendes geleistet; sein Klavierkonzert wird von der hiesigen Pianistin Amelie Klose vorgetragen werden, die als berufene Vermittlerin dieser schwierigen Komposition gelten darf. Von dem Freiburger Franz Philipp gelangen Lenau-Lieder für Alt und Orchester zum Vortrag. Philipp hat u. a. größere Orchester- und Chorwerke geschrieben, die in Freiburg erfolgreich aufgeführt wurden. Den Schluß des Programms bildet die Orchester-Humoreske „Kirmes“ von Alfred Lorenz, der sich als Komponist verschiedener Opern, Orchester- und Gesangsstücken einen Namen gemacht hat. — Die Sopranlieder singt Fräulein Hete Stedert, die Altlieder Fräulein Paula Weber. Die Gesamtleitung des Konzerts abends liegt in den Händen des Kapellmeisters Alfred Lorenz.

sch. Kolosseum. Das von Herrn Direktor Niefer für die zweite Septemberhälfte aufgestellte Spielplan enthält eine Reihe guter Nummern. „I. Morie“, ein famoeser Jongleur, bringt eigene Schöpfungen, darunter das Abbiehen beider Pfeile, welche nach rückwärtigem Lauf wieder aufgefangen werden, zwei auf dem Handrücken und einer mit dem Genid. Die Hundebresuren von Margarete „Lorraine“ lassen nichts zu wünschen übrig. Der Violinvirtuose „Ferry Raga“ entlockt seinem Instrumente Töne von betäubendem Reiz. Der Weltmeister „Karl Wörle“ ist ein Kraftmenschen nicht nur in seinem Aufhören, sondern auch in seinen Leistungen. Er hemmt und hebt 4-5 Zentner und auf seinen Rücken sitzen 11 Personen. Eine dem Auge wohlthuende Nummer sind die „4 Salveres“, das richtige lebende Kolosgemälde. Der Komiker und Bildhauer „Marly Wösch“ bringt eine aktuelle Nummer nach der andern. Den Schluß des Programms bilden die „2 Moranbis“, genannt das lebende Handgepäck“. Die Bauern werden durch die Hauskapelle unter Kapellmeisters Eberharts Leitung aufs beste ausgefüllt.

### Badische Gemeindegewalt.

Die Hauptversammlung des Badischen Gemeindeverbandes findet, wie bereits mitgeteilt, am 1. und 2. Oktober 1921 in Gernsbach statt. Auf der Tagesordnung stehen sehr wichtige Verhandlungsgegenstände, wie z. B. das gesamte Steuerwesen, die Wohnungsabgabe, die Wohnungszwangswirtschaft, die Verwaltungsreform, die Bildung von Wirtschaftverbänden, die Neugestaltung des Gemeindefiskus, die Ausbildung der Gemeindebeamten usw. Es wird deshalb und weil Gernsbach in schöner Gegend gelegen ist, mit einem Massenbesuch gerechnet. Eine sofortige Anmeldung wegen Unterbringung und Verpflegung wird den Gemeindevorstern deshalb dringend empfohlen.

DZ. Heidelberg, 16. Sept. Der Bürgerausschuß genehmigte den Bau der Straßenbahn nach Wieblingen. Er bewilligte sodann auf Antrag der demokratischen Fraktion 200 000 Mark für die Kleinrentnerfürsorge und 1000 Mark für die Brandgeschädigten in Wöflingen. Die Luiseheilanstalt erhält einen außerordentlichen Zuschuß von 100 000 Mark zur Deckung des sechsjährigen Schulbetrages. Die Versorgung der Gemeinde Siegelhausen mit elektrischer Energie verursacht einen Kostenaufwand von 400 000 Mark, dessen Verteilung aus Anleihen beschlossen wurde. Bei der Kreditberührung für Neubauten wies Oberbürgermeister Walz darauf hin, daß die Lohnerhöhungen für Arbeiter und Beamte die Stadt mit mehr als 5,4 Millionen Mark belasten. Schließlich wurde noch der Errichtung von Schulbaracken in Kirchheim und im Pfaffen-

grund zugeklümpert, desgleichen der Geländeerweiterung zur Erweiterung des alten Friedhofs mit einem Aufwand von 591 000 Mark und der Erstellung eines Mittelstandsanatoriums unter dem Namen Kurhaus Wolfsgarten. Der Vertrag mit dem Schlosshotel A. G. zu dem letzteren Zwecke steht für die Übernahme der Aktien rund 245 000 Mark vor.

DZ. Ettlingen, 16. Sept. In der gestrigen Bürgerausschuss-Sitzung teilte Bürgermeister Dr. Potyka mit, daß die Verhandlungen über die Lohnhöherungen für die städtischen Arbeiter zwischen dem Arbeitnehmerverband und dem Arbeitgeberverband der Gemeinden zu ihrem Abschluß gekommen seien. Danach hat die Stadt künftig 406 000 M. jährlich an Löhnen mehr zu zahlen. Der Gesamtaufwand an Lohn- und Gehaltszahlungen beträgt jetzt etwa 2 100 000 M. pro Jahr, d. i. etwa das Achtfache gegenüber dem Aufwand in Friedenszeit.

DZ. Freiburg, 16. Sept. Der Stadtrat erklärte sich auf Anfrage des Bezirksamtes damit einverstanden, daß die Polizeistunde für Freiburg auf 12 Uhr festgesetzt wird. — Die Stromabgabe aus dem Elektrizitätswerk im Monat August betrug (für Private und Anstalten) 566 040 Kilowattstunden, gegenüber 444 796 Kilowattstunden im gleichen Monat des Vorjahres. Die Einnahmen der Straßenbahn aus Personenbeförderung betrugen im August 555 201 M. gegenüber 865 413 M. im gleichen Monat des Vorjahres.

DZ. Wehr, 16. Sept. In der letzten Bürgerausschusssitzung wurde der Kaufvertrag mit dem Gasthaus zur „Krone“ debattiert. Zur Übernahme dieses Anwesens werden zunächst 35 000 M. benötigt. Auch die Errichtung eines 6-Familienwohnhauses wurde genehmigt; die zur Durchführung des Projektes nötige Kapitalaufnahme von 350 000 M. wurde gut-

gegehen. Der Gehalt des Bürgermeisters wurde auf 25 500 Mark festgesetzt.

DZ. Furtwangen, 13. Sept. Der Bürgerausschuss nahm eine Vorlage über die Erweiterung und den Ausbau des Anwesens des Kriehauses zum Bad an. Außerdem wurde eine Resolution angenommen, worin gegen den dem Landtag vorgelegten Entwurf zur Ausführung des Reichsgesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues, protestiert wird, der die Schaffung von Bezirkswohnungsverbänden vorseht. Landtag und Regierung werden gebeten, die vom deutschen Städtebund vorgelegten Anträge bei der Beratung und Beschlussfassung zu berücksichtigen.

DZ. Sigen, 15. Sept. In der letzten Gemeinderatsitzung beschloß der Gemeinderat ein Gemeindefarlehen von 176 530 Mark zur Bewilligung beim Bürgerausschuss zu beantragen, das zur Abhilfe der Wohnungsnot dienen soll. Der Bauverein beabsichtigt nämlich, im Anschluß an die bereits erstellten Häuser weitere 18 Wohnungen zu erbauen, deren Gesamtaufwand etwa 1 824 000 M. betragen soll. Das Gemeindefarlehen 176 530 M. Ein ungedeckter Aufwand von 487 000 M., dessen Aufbringung noch nicht geregelt ist, bleibt als Rest.

DZ. Konstanz, 18. Sept. (Bürgerausschuss). Der Bürgerausschuss hat in seiner letzten, unter dem Vorsitz des ersten Bürgermeisters Dr. Dietrich, abgehaltenen Sitzung sämtliche Vorlagen des Stadtrates abgelehnt, darunter auch die Vorlage betr. Errichtung einer Turnhalle in Allmannsdorf. Wenn auch der Bürgerausschuss bei der Ablehnung der anderen Vorlagen zum Ausdruck bringen wollte, daß er nicht gewillt ist, lediglich nur große Beträge zu bewilligen, so wollte er durch die Ablehnung der Vorlage betr. die Turnhalle zum Ausdruck bringen,

daß man lieber einen größeren Betrag aufwenden solle, um etwas Nützliches zu bauen, anstatt die Turnhalle als Paradenbau auszuführen. Abgelehnt wurde auch eine Vorlage über Geländeverkauf, wobei man in der Debatte darauf hinwies, daß die Stadtverwaltung nicht die Hand dazu bieten dürfe, dem Schacher und der Spekulation Vorschub zu leisten.

## Staatsanzeiger.

### Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

#### Ernannt:

Regierungsrat Dr. Robert Bard zum Oberregierungsrat im Ministerium des Innern in Karlsruhe, Amtmann Dr. Siegfried Weismann beim Bezirksamt Karlsruhe zum Regierungsrat beim Ministerium des Innern, Verwaltungsvollziehungssekretär beim Ministerium des Innern, die Kanzleiassistenten Franz Herrmann und Karl Erb beim Ministerium des Innern zu Kanzleiassistenten.

#### Versetzt:

Amtmann Dr. Rudolf Maier in Lörrach zum Bezirksamt Überlingen, Veterinärarzt Friedrich Neu beim badischen Versicherungsverband zum Ministerium des Innern.

## Badisches Landestheater.

Donnerstag, 22. Sept., 7 bis geg. 10 Uhr. Mk. 17.00 (Th.-G. B.V.B. 1--400.)

### Fidelio.

## Theaterkulturverband Karlsruhe.

### Morgenveranstaltung

im Zuschauerraum des Badischen Landestheaters. Sonntag, den 25. Septbr., vorm. 11<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, spricht

## Prof. Franz Schreker-Berlin

Direktor der Staatl. akad. Hochschule für Musik in Berlin über seine

### Oper „Der Schatzgräber“

Rezitation der Dichtung u. Einführung in die Musik. Konzertflügel von der Firma Ludwig Schweisgut (Erbprinzenstraße 4).

Eintrittspreis Mark 6.—.

Für Mitglieder des Theaterkulturverbandes (je zwei Karten) und für Inhaber von Eintrittskarten für das Konzert zeitgenössischer Komponisten halbe Preise Mark 3.—. Karten an der Theaterkasse. Bitte Vorverkauf benützen. K.608

## Raubmord

an dem homöopathischen Arzt Dr. Otto Wirz in Karlsruhe.

Die im Ausschreiben vom 18. ds. Mts. beschriebenen Personen (ein Mann und eine Frau) sind ermittelt und kommen als Täter nicht in Frage. Die Fahndung nach den dort Beschriebenen ist daher einzustellen.

Als Täter kommen in Betracht:

1. Ein mittelgroßer Mann im Alter von 25—30 Jahren, mit vollem frischem Gesicht.
  2. Ein etwas größerer, schlanker Mann.
- Nähere Beschreibung kann nicht gegeben werden. Alle Personen, die am Samstag, den 17. September vor- oder nachmittags bei Dr. Wirz waren, sowie sonstige Personen, die sachdienliche Angaben machen können, werden ersucht, sich unverzüglich bei der Kriminalpolizei Karlsruhe oder dem Unterzeichneten zu melden.

Auf die Ermittlung der Täter oder die Mitteilung von Anhaltspunkten, die zu ihrer Ergreifung führen, ist eine Belohnung ausgesetzt bis zu 5000 Mark.

Karlsruhe, den 20. September 1921. 3.50

### Der Staatsanwalt VII.

## Aufstellung von Wohnungslisten für die Reichsteuerveranlagung.

Nach § 167 der Reichsabgabenordnung haben die Haushaltungsvorstände (Wohnungsinhaber) den Hausbesitzern über die Personen, die zu ihrem Haushalt gehören, einschließlich der Untermieter und Schlafstellenmieter, Auskunft zu erteilen. Die Hausbesitzer ihrerseits haben der Steuerbehörde auf Verlangen sämtliche Bewohner des Gebäudes mit Namen, Berufsstellung, Geburtsort und Geburtszeit anzugeben. Auf Grund dieser Vorchrift und der §§ 16 bis 18 der Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz hat das Landesfinanzamt eine allgemeine Personenstandsaufnahme für die Zwecke der Reichsteuerveranlagung nach dem Stande am 20. Oktober d. Js. angeordnet.

Den Wohnungsinhabern werden die Vorzüge für die von ihnen hiernach aufzustellenden Wohnungslisten durch die Gemeindebehörden ausgestellt werden. Sie haben diese Listen nach der aufgedruckten Anleitung alsbald auszufüllen und spätestens bis Ende Oktober d. Js. dem Hausbesitzer abzugeben. Dieser hat die Wohnungslisten für alle ihm gehörigen Häuser in der Gemeinde zu sammeln, mit fortlaufenden Nummern zu versehen, auf einer der Listen die Vollständigkeit zu bestätigen und die Listen dann spätestens bis zum 5. November d. Js. dem Bürgermeisterrat zu übermitteln.

Veräumnisse bezüglich der hiernach den Wohnungsinhabern und Hausbesitzern obliegenden Verpflichtungen können nach § 202 der Reichsabgabenordnung mit Geldstrafe bis zu 500 Mark im Einzelfalle geahndet werden.

Karlsruhe, den 20. September 1921. 3.42

### Steuerkommissar

Karlsruhe-Stadt. Karlsruhe-Land.

## Der Samariter

### Leitfaden

für die Erste Hilfe bei Unglücksfällen

von

Medizinalrat Dr. Blume

Zwei Hefte, Text und Abbildungen

(41.—50. Tausend)

Preis für beide Teile zusammen 6 M

Bei gleichzeitiger Abnahme einer größeren Anzahl zu Ausbildungszwecken wird ein steigender Rabatt gewährt.

Diese neue Auflage berücksichtigt die Erfahrungen des Krieges, insbesondere auch die künstliche Atmung, die durch die erhöhten Anforderungen des Gaskrieges ganz wesentlich an praktischer Bedeutung gewonnen hat, und zu einem Hilfsmittel geworden ist, das den Sanitätern völlig vertraut sein muß.

Wiener medizinische Wochenschrift: ... zeichnet sich dadurch aus, daß der ganze Stoff in sehr zweckmäßiger Weise so eingeteilt ist, daß er leicht in fünf Doppelstunden vorgelesen werden kann, wobei jedesmal die zweite Stunde praktischen Übungen gewidmet wird. Die außerordentlich sachgemäße und gemeinverständliche Darstellung empfiehlt die Anschaffung des Büchleins für Samaritervereine, für den Eisenbahndienst, für Feuerwehren, Sportvereine und Fabriken.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. B., Karlsruhstraße 14.

## Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Rechl. 9.975  
Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 354  
Holl, Max, Eisenbahnsekretär in Rehl, u. Emma geb. Blum. Vertrag vom 28. August 1921. Errungenschaftsgemeinschaft, Vorbehaltsgut der Frau ist das in dem Vertrag näher bezeichnete Vermögen.  
Rechl. 6. Sept. 1921.  
Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Rechl. 3.8  
Güterrechtsregistereintrag Band I Seite 355  
Farter, Benedikt, Schlosser in Rehl, und Maria geb. Mäh. Vertrag vom 1. September 1921. Gütertrennung.  
Rechl. 15. Sept. 1921.  
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Rechl. 9.976  
Zu Band III S. 7 des Güterrechtsregisters wurde eingetragen:  
Bernhard Schuhmacher, Schneider in Seelbach, u. dessen Ehefrau Martina geb. Erchingen. Ehevertrag vom 28. Juli 1921, Aufhebung des seitherigen Güterrechts, Gütertrennung. Das Vermögen eines je-

den Ehegatten ist im Ehevertrag und in der Belage des Güterrechtsregisters beschrieben.  
Jahr, 9. Sept. 1921.  
Amtsgericht.  
Gerichtsschreiber.

Mannheim. 3.38  
Zum Güterrechtsregister Bd. XIV Seite 575 wurde heute eingetragen:  
Kahrst, Otto, Schneider, und Maria geborene Klein, Mannheim. Vertrag vom 6. September 1921. Gütertrennung.  
Mannheim, 17. Sept. 1921.  
Bad. Amtsgericht B. G. 4.

Pforzheim. 9.977  
Güterrechtsregistereintrag. Stadler, Peter, Schulmachersmeister zu Pforzheim-Dillweissenstein und Rosalie geb. Runding. Vertrag vom 6. September 1921. Gütertrennung.  
Amtsgericht Pforzheim.

Pforzheim. 9.991  
Güterrechtsregistereintrag. Gendler, Max Eugen, Techniker zu Pforzheim, und Elise geb. Kaiser. Vertrag vom 10. September 1921. Gütertrennung.  
Amtsgericht Pforzheim.

## Bürgerl. Rechtspflege

### a. Streitige Gerichtsbarkeit.

#### Effentliche Zustellung einer Klage.

3.49.2.1 Radoßzell. Die Versicherungsaktiengesellschaft des Automobilclubs von Deutschland in Berlin, vertreten durch Direktor Dr. Hans Heß in Mohlow bei Richtenrade, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Niedlinger in Radoßzell, klagt gegen den Patenanwalt Dr. Paul Wangemann, früher in Radoßzell, jetzt unbekannt Aufenthalts aus Versicherungsvertrag mit dem Antrage, den Beklagten kostenfällig zu verurteilen, an die Klägerin den Betrag von 845 Mark — Hundertvierzigfünftel — nebst 4 Prozent Zinsen seit 11. September 1920 zu zahlen und das Urteil gegen Sicherheitsleistung für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Bad. Amtsgericht Radoßzell auf Donnerstag, 17. Nov. 1921, vormittags 9 Uhr, geladen. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht. Radoßzell, 15. Sept. 1921. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

3.43.2.1 Wolfach. Das Amtsgericht Wolfach hat heute folgendes Aufgebot erlassen:  
Auf Antrag des Hypothekengläubigers Abraham Levi, Privat in Konstanz, und des Grundstückseigentümers Verein Frauenwohl in Mannheim wird der Inhaber des Teilhypothekenbriefes über 5000 M. nebst Zinsen der im Grundbuch Pippoldsau Bd. 2 S. 7 III. Abt. Nr. 3 zugunsten des Abraham Levi in Konstanz auf Grundstück Bg. Nr. 6, 7, 21, 23 und 30 Eigentum des „Verein Frauenwohl“ in Mannheim eingetragenen Briefhypothek aufgefördert, spätestens in dem auf Mittwoch, 28. Dezbr. 1921, vormittags 10 Uhr, vor das Amtsgericht Wolfach, Zimmer 4, bestimmten Aufgebotsstermine seine Rechte anzumelden u. die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosenerklärung des Teilhypothekenbriefes erfolgen wird.

Wolfach, 16. Sept. 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

3.39.2.2 Rehl. Der Kaufmann Karl Wüninger in Rehl hat als Abwesendheitspfleger mit vormundschaftsgerichtlicher Genehmigung beantragt, die verschollene Schneiderin Emilie Wüninger geb. Hoffmann, geb. am 7. August 1870 in Rehl, zuletzt wohnhaft in Rehl und Straßburg für tot zu erklären. Die bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Freitag, den 7. April 1922, vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. In alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.  
Rehl, 8. September 1921.  
Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

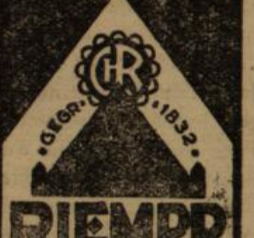
3.44. Durlach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Gastwirts Erich Greiner in Durlach hat der Gemeindeführer die Einstellung des Verfahrens nach Befriedigung der Konkursgläubiger beantragt, was hiermit gemäß §§ 202, 203 Konk. Ordng. öffentlich bekannt gemacht wird.  
Durlach, 19. Sept. 1921.  
Amtsgericht.

## Verschiedene Bekanntmachungen.

Die Maurer, Zimmer, Dachdecker, Blechner, Entwässerungen, Verputz, Glaser, Schreiner, Schlosser, Installations- u. Künstlerarbeiten zur Vergrößerung des Aufsenhaltsgebäudes beim Stellwert II im Personenbahnhof hier nach Finanzministerialverordnung vom 3. 1. 1907 zu vergeben. Pläne, Bedingungen bei Hochbauamtsdirektion I hier 2. Stock der neuen Eilzughalle Zimmer 22. Dort Angebotsvordrucke erheben. Die auf Einzel- und Gesamtpreise zu stellenden Angebote sind verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift: Aufsenhaltsgebäude beim Stellwert II Angebot auf . . . . . arbeit versehen, spätestens bis Samstag, den 1. Oktober d. Js., vormittags 9 Uhr, bei uns einzureichen. Den Angeboten ist eine genaue Preisauflistung beizugeben. Zuschlagsfrist 4 Wochen.  
3.61.2.1  
Kaufstraße, 20. Sept. 1921.  
Baubauinspektion.

Hochbauarbeiten zur Herstellung einer neuen Wohnung mit Dachaufbau im Aufsenhalts- u. Übernachtungsgebäude auf Bahnhof Schiltach nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben: Maurer, Zimmer, Blechner, Dachdecker, Verputz, Schreiner u. Glaser, Schlosser und Malerarbeiten. Zeichnungen, Bedingungen, Arbeitsbeschreibungen an Werksagen bei der Bauinspektion Schiltach, und hier im Inspektionsgebäude, Hauptstraße 14 Zimmer Nr. 12, zur Einsicht. Angebote mit der Aufschrift: „Angebot auf Übernachtungsgebäude Schiltach“, verschlossen und postfrei, bis längstens 10. Oktober 1921, vorm. 10 Uhr, bei uns einreichen, wobei die Eröffnung stattfindet.  
3.52.1.1  
Offenbrunn, 15. Sept. 1921.  
Baubauinspektion.

## Verlangen Sie überall



fst. geröst. Kaffee  
verschied. Preislagen  
offen u. abgepackt

Mischung  
mit 10—25—50%  
Bohnenkaffee  
1/2 Pfd. Pakete

Kaffee-Zusatz  
beste Rohstoffe  
1/2 Pfd. Pakete.



Sie erhalten Qualität!

## Französisch

(System Ritter)  
Erfolg verbürgt  
Auslandspraxis  
H. K. Ritter  
behördl. zugel. Sprachlehr.  
Körnerstraße 30  
(Probstunden). 2268a

## Junge Leute

die zur See fahren wollen, erhalten vorher Aufführung u. Rat. Auslastet, Hamburg 36, Schließfach 112. 3.83.

## Eintragsliche Winterarbeit am

## Stahlnereien

zu vergeben. Anfragen unt. Nr. 609 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erb.

## Broncegloden

in feinsten Legierung und unübertreffl. Ausführung liefert  
Glodengießerei Wehr, Bachert  
Karlsruhe i. B. Ristrl. 5.  
Inferre Broncegloden über treffen bei weitem die sogenannten Klantaggloden.

3.22. Rehl. Der Landwirt Jakob Waffenschmidt II. in Delschöfen ist durch Beschluß des Amtsgerichts Rehl vom 6. September 1921 wegen Trunkucht u. Verschwendung entmündigt worden.  
Rehl, 16. Sept. 1921.  
Amtsgericht.